

15.10.2002 - 08:05 Uhr

Schweizer protestieren gegen Japans Wa(h)lfangpolitik

Wädenswil/Bern (ots) -

Heute hat die ASMS (Schutz der Meeressäuger) der Japanischen Botschaft in Bern eine Petition mit rund 50'000 Unterschriften gegen den Walfang überreicht. Die Petition fordert die japanische Regierung dazu auf, sich endlich dem internationalen Walfangmoratorium zu beugen und den sogenannten "wissenschaftlichen" Walfang, sowie den Fang von Kleinwalen und Delfinen, sofort zu stoppen. Die ASMS kritisiert vor allem auch Japans Wa(h)lfangpolitik. Denn Japan kauft Stimmen von kleinen Inselstaaten und Entwicklungsländern gegen das kommerzielle Walfangverbot.

Jährlich fallen in japanischen Gewässern rund 20'000 Kleinwale der direkten Jagd japanischer Fischer zum Opfer. Bei der sogenannten "Drive Fishery" ("Fisch-Treibjagd") werden Kleinwalgruppen aufgespürt, in eine Bucht getrieben und dort meist getötet. Bisweilen werden einige lebende Tiere an Zoos und Vergnügungsparks verkauft, wo sie ihr Dasein isoliert und unter erbärmlichen Bedingungen fristen müssen.

Unter dem Deckmantel der "Wissenschaft" tötet die japanische Walfangflotte ausserdem jährlich mehr als 700 Grosswale. Das erbeutete Walfleisch gilt als teure Delikatesse. Seit kurzem importiert Japan Walspeck aus Norwegen. Dies obwohl bekannt ist, dass die mit Schadstoffen belasteten Walfleischprodukte sehr gesundheitsschädigend sein können.

Proteste japanischer Konsumentenschutzorganisationen, allen voran von der auf das Gesundheitsrisiko des Walfleischkonsums spezialisierten "Safety First, konnten den Import nicht verhindern. Der Handel mit Walfleisch wird denn auch ein brisantes Thema sein an der Artenschutzkonferenz (CITES), die vom 3. bis 15. November in Santiago de Chile tagt.

Sigrid Lüber, Präsidentin der ASMS, wird als NGO-Beobachterin an der CITES teilnehmen. Sie nimmt seit 1992 für die ASMS, einzige Schweizer Nichtregierungsorganisation an der IWC (Internationale Walfangkonferenz) teil und hat in den vergangenen Jahren mit wachsender Besorgnis den Stimmenkauf Japans in internationalen Foren beobachtet. Mittels Wirtschaftshilfe sichert sich Japan von kleinen Inselstaaten und Entwicklungsländern Unterstützung für die Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs.

Ein von der ASMS in Auftrag gegebenes völkerrechtliches Gutachten verurteilt diese Praxis in internationalen Foren als unlauter und unmoralisch. Das Binden von Wirtschaftshilfe an das Stimmverhalten in internationalen Organisationen verletzt die Souveränität der betroffenen Staaten und das Grundrecht der freien Meinungsäusserung. Die ASMS hat die Japanische Botschaft in Bern zu einer positiven Einflussnahme auf dem diplomatischen Weg aufgefordert.

Kontakt:

Sigrid Lüber
ASMS
Postfach 30
8820 Wädenswil
Tel. +41/79/475'26'87
mailto: slueber@asms-swiss.org

Internet: <http://www.asms-swiss.org>

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000082/100021120> abgerufen werden.